

Blaue Seiten



RATSFRAKTION WUPPERTAL

Themenübersicht

Ausgabe Mai 2010

Weiß der Himmel...

Kulturpolitische
Diskussion

Auf ein Wort

von Jörn Suika,
Fraktionsvorsitzender

Seite 1 bis 2

Google is SHOW

VIEWing you...

Teilerfolg für Bürgerrechte

Nordbahntrasse

Sozialticket ist unsozial

Seite 3 und 4

Libérale Schulpolitik

Rat ignoriert Elternwille,

Nein zur Erhöhung der
Elternbeiträge für KiTa's,

Inklusion

Seite 5 und 6

Runder Tisch für Handwerk und Stadt

Hilfe für Frauen
Bericht von Eva Schroeder

Verabschiedung von Thomas Uebrick, B-Planverfahren Lienhardstr./Kaiserstr.

Seite 6 bis 8

Weitere Themen dieser

Ausgabe:

AIDS-Hilfe Wuppertal e. V.,

Stadt erfüllt
Pflichtaufgaben nicht

Seite 9

Informationen

Termine

Impressum

Seite 10

Große Koalition verweigert sich kulturpolitischer Diskussion!

Seit Wochen beherrscht die Sorge um die Schließung des Schauspielhauses und die Aufgabe der Schauspielsparte die öffentliche Diskussion in Wuppertal.

Daher war die Absage des Kulturausschusses Ende April für uns völlig unverständlich“, so die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Ingrid Pfeiffer. „Gerade zurzeit liegen die Themen im

Kulturbereich zum Greifen in der Luft. Und es ist die Pflicht der Wuppertaler Kommunalpolitiker,

Abstimmung darüber im Kulturausschuss oder im Aufsichtsrat der Bühnen findet nicht statt.



„Leider ist ein solches Vorgehen typisch für die Große Koalition im Rat: alle Entscheidungen werden an den demokratisch legitimierten Gremien vorbei getroffen.“, so FDP-Fraktionschef Jörn Suika: „Einer offenen Diskussion

sich in öffentlicher Sitzung dazu auch zu äußern. Stattdessen gibt die Verwaltung still und heimlich Gutachten über die Zukunft der Wuppertaler Bühnen in Auftrag. Eine Information oder gar

wird ausgewichen.“

Erst nachdem die lokale Presse über das Theatergutachten berichtet hat, wurden die

→

Ergebnisse dem Aufsichtsrat der Bühnen vorgestellt. Eine öffentliche Präsentation soll nun in der Sitzung des Kulturausschusses am Mittwoch, 23. Juni, folgen.

Danach, so der Fahrplan der Verwaltung, soll eine breite politische und öffentliche Diskussion bis zum Ende des Jahres folgen. Dabei geht es der Verwaltung vorrangig um die Frage, wie viel Theaterkultur sich die Stadt

Wuppertal in der schwierigen finanziellen Situation noch leisten kann. Eine Entscheidung über die künftige Struktur der Bühnen soll in der ersten Ratssitzung des nächsten Jahres getroffen werden.

Pfeiffer: „Dieser Prozess ist wichtig. Er fängt jedoch viel zu spät an. Denn ob innerhalb eines halben Jahres auch so schwierige Fragen beantwortet werden können, ob und wie das Schauspielhaus mit anderen

finanziellen Mitteln und einem möglicherweise anderen Nutzungskonzept fortgeführt werden kann und ob es Wege gibt, beide Sparten der Bühnen (Schauspiel und Oper) mit den veranschlagten reduzierten städtischen Zuschüssen z.B. im Rahmen von Kooperationen erhalten zu können, ist fraglich. Hoffentlich haben wir nicht schon zuviel wertvolle Zeit verloren.“ ■

Auf ein Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe
Parteifreundinnen
und Parteifreunde,

„**Die Ruhe vor dem Sturm!**“ ist der wahrscheinlich beste Titel für die letzte Ratssitzung und die vorausgegangenen Ausschusssitzungen.

Auch wenn die Sparliste des Oberbürgermeisters in den letzten Wochen das alles beherrschende kommunalpolitische Thema war, konnte man davon in der Rats- und in den Ausschusssitzungen nichts bemerken. **Vor der Landtagswahl** war die Rathauskoalition aus SPD und CDU bemüht, diese kritischen Themen außen vor zu lassen.

Das führte dann zum Beispiel zu der kuriosen Situation, dass die **Kulturausschusssitzung** vom Ausschussvorsitzenden abgesagt wurde, da es aus Sicht der Verwaltung keine relevanten Themen zu besprechen gab, während fast gleichzeitig beim Welttheatertag bundesweiter Protest gegen die Schließungspläne für das Schauspielhaus über Wuppertal hinweg fegte. Unsere diversen Anträge zur Zukunft der Kultur in Wuppertal wurden schlichtweg auf den Juli (**nach der Landtagswahl**) vertagt. Damit musste der SPD-Vorsitzende Dietmar Bell auch nicht erklären, wie er seine Bestandsgarantie für das Schauspiel in Wuppertal in die Realität umsetzen will.



Ähnlich ist die Große Koalition auch mit der Eingabe von rund 100 Ronsdorfer Eltern umgegangen, die sich für eine zusätzliche Eingangsklasse an der **Grundschule Engelbert-Wüster-Weg** stark machen. Auch dieses Thema wurde (ohne ihn auch nur einer Wortmeldung zu würdigen) in den Juli verschoben – nur dann ist es organisatorisch zu spät, eine neue Eingangsklasse zu bilden. Auch so können Anträge abgelehnt werden.

Die Landtagswahl hat aber auch Veränderungen in der der FDP-Ratsfraktion verursacht. **Marcel Hafke** hat nach seiner Wahl in den Landtag NRW wie vorher angekündigt sein Ratsmandat niedergelegt. Als Kreisvorsitzender wird er aber weiterhin an unseren wöchentlichen Fraktionssitzungen teilnehmen. Für ihn ist **Ralf Otto Jacob** in den Rat nachgerückt, dem er bereits von 2004-2009 angehört hat. Neue Bezirksvertreterin in Uellendahl-Katernberg ist jetzt (wieder) **Charlotte Weilbrenner**. Allen Drei die besten Wünsche für ihre neuen Aufgaben!

In dieser Ausgabe der Blauen Seiten finden Sie wieder eine **Übersicht unserer Anträge und Initiativen für die Ratssitzung sowie Informationen über die sonstige Arbeit der Fraktion**. Über Ihre Anregung für weitere Themen und Ihre aktive Mitarbeit würden wir uns sehr freuen!

Mit herzlichen Grüßen



Foto © netzweit.de

ES WIRD ZEIT FÜR DIE STÄRKUNG VON BÜRGERRECHTEN

Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit bekommen, sich in Widerspruchslisten in allen städtischen Gebäuden eintragen zu können. Diese sollen dann von der Stadt Wuppertal gesammelt und gebündelt an Google geschickt werden.

„Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal freut sich über einen Teilerfolg für die Stärkung von Bürgerrechten, den sie in der Ratssitzung am 17. Mai 2010 erringen konnte.

„Das ist ein erfreulicher Schritt für die Rechte unserer Bürger“, so Jörn Suika, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Nachdenken angeregt. Die Verweisung ist deshalb ein Erfolg, denn so hat der Antrag gute Chancen auch realisiert zu werden.“

Ihr Antrag für das Sammeln von Widersprüchen gegen die Veröffentlichung von Häusern und Objekten bei Google Street

Umstrittene Bilder von Google Street View

Sowohl in Form von Pressemitteilungen als auch im Nachgang mittels Zielgruppenbriefen hat die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal dieses Thema auf- und nachbereitet. So ist es gelungen, den Druck auf die anderen Fraktionen zu erhöhen und die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren.

View in städtischen Gebäuden wurden nicht - wie zuerst im Hauptausschuss von CDU und SPD gefordert - im Rat abgelehnt, sondern zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen worden.

im Rat der Stadt Wuppertal und ergänzt: „Der Hinweis, dass mittlerweile in anderen Städten solche Anträge auch von CDU- und SPD-Fraktionen eingebracht und teilweise schon von Verwaltungen umgesetzt werden, hat wohl zum

sammeln und diese gebündelt an Google weiterzuleiten. Hierzu sollen vorformulierte Widerspruchslisten in allen städtischen Gebäuden mit Publikumsverkehr ausgelegt werden.

NORDBAHNTRASSE

Die FDP-Fraktion freut sich auf einen durchgehenden Ausbau der Nordbahntrasse und die Eröffnung des ersten Teilstückes.



Wir hoffen, dass das Projekt der WuppertalBewegung, das der überwiegende Teil der Wuppertalerinnen und Wuppertaler als „ihr“ Projekt begreift, zügig und ohne weitere Störungen umgesetzt werden kann. Leider haben CDU und SPD in der letzten Zeit versucht, dieses Projekt, das bisher von allen Fraktionen im Rat gemeinsam unterstützt wurde, zu ihrem Projekt umzumünzen. Die Liberalen hätten hier einen fraktionsübergreifenden Antrag sehr begrüßt.

Ein wichtiger Aspekt für die weitere Entwicklung der Nordbahntrasse blieb jedoch unberücksichtigt: Neben der Frage des Artenschutzes (den die Grünen im Land ja noch deutlich ausweiten wollen) ist es für die Finanzierbarkeit unumgänglich, dass die städtischen Auflagen für die Tunnel- und Brückenkonstruktionen in einem Rahmen bleiben, der für die WuppertalBewegung realisierbar bleibt.

Hier konnte man in den vergangenen Monaten den Eindruck gewinnen, dass die Anforderungen hierfür in Wuppertal deutlich höher sein sollten, als bei vergleichbaren Projekten in den Nachbarstädten. Die FDP-Fraktion hofft daher, dass die WuppertalBewegung bei ihren weiteren Planungen zukünftig mehr Unterstützung aus der Verwaltung erhält.

SOZIALTICKET IST UNSOZIAL

Kleine und mittlere Einkommen würden bei Einführung des von CDU und GRÜNEN geforderten Sozialtickets für Hartz-IV-Bezieher am stärksten belastet. Denn diese würden wohl die von Stadtkämmerer Dr. Johannes Slawig geschätzten Kosten in Höhe von 3,4 Millionen Euro in Form von Fahrpreiserhöhungen bezahlen müssen.

Gerade in den vergangenen Wochen konnte man aus dem Rathaus immer wieder die – zum Teil durchaus berechtigte Kritik – an Land und Bund gehört, dass den Kommunen von oben immer neue Aufgaben aufgebürdet werden, die diese nicht finanzieren können.

In Sachen Sozialticket geht es um ein Thema, bei dem die Vertreter der Kommunen in den Gremien des VRR selber über eine neue Aufgabe abstimmen werden. Der Rat der Stadt hat sich bereits am 10.11.2008 mit der Frage befasst, ob ein solches Sozialticket sinnvoll und finanzierbar sei. Dies wurde vom Rat mit breiter Mehrheit von

CDU, SPD, WfW und FDP verneint. In den letzten ein- einhalb Jahren hat sich die Situation der Kommune nicht verbessert. Der einzige Umstand, der sich verändert hat, sind die Mehrheitsverhältnisse in der VRR-Verbandsversammlung. Mit dem Antrag der FDP-Fraktion, diesen alten Beschluss zu bekräftigen, erhofften wir uns von den Wuppertaler Ratsmitgliedern,

dass sie sich nicht nur in Fragen, bei denen man nur Resolutionen und Forderungen an Land und Bund richten kann, für die Kommunalfinanzen einsetzen, sondern auch in einem Punkt wie diesem, wo sie selber durch ihre Entscheidung Einfluss nehmen können.

Leider bleibt diese Hoffnung unerfüllt, denn CDU, SPD, GRÜNE und Linke lehnten ihn mit der Begründung ab, dass er schon gefasst und somit überflüssig sei.

In den nächsten Wochen werden wir erleben können, ob sich die Vertreter

Wuppertals im VRR tatsächlich an den alten Antrag gebunden fühlen oder ob die CDU dem Druck der GRÜNEN nachgeben und doch zustimmen werden.



Fakt bleibt, dass für die entstehenden Kosten derzeit niemand aufkommen kann. Kommt das Sozialticket, müssen die Fahrpreise für Kinder, Senioren und alle anderen deutlich angehoben werden. Sozial gerecht ist das nicht.

LIBERALE BILDUNGSPOLITIK

Rat ignoriert Elternwille: GGS Engelbert-Wüster-Weg bleibt vorerst zweizügig

Die Eltern der Grundschule Engelbert-Wüster-Weg haben aufgrund der hohen Anmeldezahlen die Bildung einer dritten Eingangsklasse für das kommende Schuljahr beantragt. Doch weder der Schulausschuss noch der Rat haben darüber beraten.

Karin van der Most, Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung: „Wir bedauern diese Haltung sehr, denn aus schulorganisatorischen Gründen ist eine Erweiterung der Zügigkeit für das kommende Schuljahr kaum noch denkbar. Keine Entscheidung ist eben auch eine Entscheidung. In diesem Fall gegen den Willen der Eltern.“

Grundsätzlich führt die Festlegung der Zügigkeit an Grundschulen in Wuppertal zu Anmeldeüberhängen, und Kinder müssen an ihren Wunschschulen abgewiesen werden. Das bedeutet zum Einen, dass die vom Gesetzgeber vorgesehene freie Schulwahl durch das Aufheben der Grundschulbezirksgrenzen in Wuppertal nicht ermöglicht wird. Zum Anderen ist bisher keine gleichmäßige Auslastung der Schulen erreicht worden. An einigen Schulen gibt es Klassen mit bis zu

30 Schülern, an anderen Schulen werden Klassen mit nur 18 Schülern eingerichtet. Also führt die Maßnahme durch Festlegung der Zügigkeit nicht zu der Bildungsgerechtigkeit, von der eigentlich alle sprechen.



Van der Most: „Darum ist es Zeit, die festgesetzte Begrenzung der Zügigkeit von Grundschulen in unserer Stadt aufzuheben und damit der tatsächlichen Entwicklung von Anmeldungen und Schülerzahlen sowie der Wahlfreiheit der Eltern Rechnung zu tragen.“

Nein zur Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten



Die Verwaltung will die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen linear um 10% erhöhen. Damit würde Wuppertal im Umkreis der Nachbarstädte die höchsten Beiträge für die Kinderbetreuung erheben.

Insbesondere Eltern mit höherem Einkommen – also mit den höchsten Beitragssätzen – könnten dann verstärkt auf private Betreuungsangebote zurückgreifen oder Betreuungsangebote in den umliegenden Städten nachfragen.

Eine solche Entwicklung würde die erwarteten zusätzlichen Einnahmen für den städtischen Haushalt deutlich schrumpfen lassen.

Susanne Wywiol: „Bei Betrachtung der Nutzen-/Kostenrelation kann die lineare Erhöhung der Beiträge nur abgelehnt werden.“

Dennoch haben CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linken unseren Antrag abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wurde die von der FDP-Fraktion beantragte grundsätzliche Änderung der Elternbeitragssatzung, mit der eine dem Betreuungsumfang angemessene Kostenstruktur geschaffen werden sollte. Bislang sind die Kosten für eine 25 Std. Betreuung unverhältnismäßig hoch und damit unattraktiv im Vergleich zu einer 45 Stunden-Betreuung.

Inklusion in Kindertagesstätten - Antrag im Jugendhilfeausschuss

Aufgrund der Anerkennung der UN-Konvention sollen behinderte Kinder in die Schule inkludiert werden. Der Rat der Stadt hat sich der Empfehlung des Schulausschusses, die Möglichkeiten der Inklusion in allen Schulformen voranzubringen, angeschlossen.

Susanne Wywiol, Mitglied im Jugendhilfeausschuss: „Dieses Ziel

muss aber auch für alle Kindertageseinrichtungen in Wuppertal angestrebt werden. Denn Inklusion, besser Integration funktioniert nur, wenn wir frühzeitig und nicht erst in der Schule damit beginnen.“

Daher fordert die FDP-Fraktion die Möglichkeiten der Inklusion (wie

Schaffung behindertengerechter Räume und Ausstattung sowie Fortbildung der Erzieherinnen in den Bereichen Behindertenpädagogik/sonderpädagogischer Förderung) für alle Kindertageseinrichtungen schrittweise zu entwickeln. In dieses Programm sollen auch die Tagesmütter einbezogen werden. Der Antrag wurde vertagt.

RUNDER TISCH FÜR HANDWERK UND STADT

Konjunkturpaket II - Mittel auch für Wuppertaler Unternehmen

Die FDP-Ratsfraktion fordert als Konsequenz aus der „Handwerkskonferenz Bergisches Städtedreieck“ eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Wuppertaler Handwerk.

Die Handwerkskonferenz Bergisches Städtedreieck am 29.04.2010 hatte gezeigt, dass nur 25 Prozent der insgesamt 42 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II in Wuppertal an heimische Handwerksunternehmen vergeben wurden. Die Städte Remscheid und Solingen hingegen vergeben mit 97 Prozent und 60 Prozent weit mehr Aufträge an dort ansässige Unternehmen. Als Grund für die schlechten Wuppertaler Vergabewerte wurde die Distanz zwischen Handwerk und Kommune aufgezeigt. Infolge dessen würden sich nur unterdurchschnittlich wenige Handwerksbetriebe an Vergabeverfahren der Stadt beteiligen. „Deshalb haben wir in der letzten Ratssitzung die Einrichtung eines Runden Tisches gefordert, um eine Verbesserung und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen



Handwerk und Stadtverwaltung zu ermöglichen“, so Jörn Suika, Vorsitzender der FDP-Fraktion im

Rat der Stadt Wuppertal. Dem Runden Tisch sollen Vertreter der Kreishandwerkerschaft, des Gebäudemanagements und des Rechnungsprüfungsamtes angehören.

Suika: „Um zukünftig die gegenseitigen Hemmnisse überwinden zu können, erscheint es unserer Meinung nach notwendig, einen Runden Tisch einzurichten, um die Steuerung der Vergabe in Wuppertal zu hinterfragen, zu erneuern und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Nur so kann die Voraussetzung geschaffen werden, dass sich zukünftig wieder mehr Wuppertaler Handwerker um städtische Aufträge bewerben und so eine „Win-Win-Situation“ für Stadt und Unternehmen entsteht“.

HILFE FÜR FRAUEN

Berichte über Gespräche mit zwei Einrichtungen im Rahmen der Fraktionsarbeit von Eva Schroeder

Der FrauenNotruf e.V., der FrauenBeratung & Selbsthilfe e.V. und der Frauen helfen Frauen e.V. sind in einem Dachverband autonomer Frauenprojekte in Wuppertal zusammen geschlossen. Sie sind eigenständige Vereine, die untereinander und zusätzlich nach außen hin mit den verschiedensten Stellen sehr gut vernetzt sind. Zwei dieser Einrichtungen haben wir besucht.

FrauenNotruf e.V.

Hier werden Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, und deren Angehörige informiert, beraten und begleitet.

Insgesamt zwei Hauptamtliche und sechs ehrenamtliche Mitarbeiterinnen kümmern sich um stets umfangreicher werdende Aufgabengebiete, z.B. Stalking und K.O.-Tropfen. Begleitet werden Frauen beispielsweise bei Straftatnachweisen - u.a. gynäkologischen Untersuchungen - und Strafverfahren. Den oft traumatisierten Frauen kommt eine umfangreiche und sensible Hilfe zu, wobei die Vernetzung zwischen Kripo, Weißer Ring, Frauenhaus und Frauenberatung - nicht nur in Wuppertal eine große Rolle spielt.



Die Arbeit des FrauenNotrufes wird etwa zu gleichen Teilen über öffentliche Mittel von Stadt und Land von 33000,- Euro und 20000,- Euro finanziert und weiteren Geldern von den 10 Vereinsmitgliedern, den 15 Fördervereinsmitgliedern und Spenden.

Die ursprünglich im HSK geplante Streichung der städtischen Mittel ist laut Aussage der Verwaltung mittlerweile einer moderaten Kürzung gewichen, so dass der Fortbestand für 2010/2011 gesichert ist.



Frauen helfen Frauen e.V.

Dieser Verein hilft als einzige Stelle Frauen und Kindern bei häuslicher Gewalt. Eine weitreichende Kooperation mit Frauenhaus, Polizei, Jugendamt, Psychologen etc. und Schulen wird gewährleistet.

Frauen helfen Frauen e.V. finanziert sich aus einem sicheren Anteil der Stadt, Zuschüssen des Landes, Fördervereinsbeiträgen, Bußgeldern, Stiftungen, Spenden und Geldern von der Aktion Mensch. Dieses reicht für insgesamt fünf Stellen.

Die Beratungsstelle hilft Frauen und ihren Kindern bei Bedrohung und Betroffenheit mit physischer und psychischer Gewalt durch Männer. Die Beratung erfolgt ganzheitlich und umfasst Vorsorge, Schutz, Therapie, verschiedenste Hilfsangebote. Sie ist umfangreich und vielschichtig wie die unterschiedlichen Fälle.

Das neue Frauenhaus bietet 22-23 Frauen und Kindern Platz. Es ist behindertengerecht, und zusätzlich gibt es ein Apartment für Mütter mit Söhnen ab der Pubertät, da das gemeinsame Wohnen in einem Raum dann beiden nicht mehr zuzumuten ist. Die Tasgasmiete von 4,45 Euro im Haus zahlen berufstätige Frauen selbst, ansonsten übernehmen die Argen diesen Betrag. Für Studentinnen und Migrantinnen ist keine Stelle finanziell zuständig. Daher nehmen diese das Angebot des Vereins fast nicht wahr.

Ein Wunsch des Vereins an die Politik ist die dauerhafte Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit durch Umwandlung dieser freiwilligen Aufgabe zur Pflichtaufgabe. In Wuppertal ist die Finanzierung im Vergleich zu anderen Kommunen noch komfortabel. Die Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW (LAG) führt im Rahmen einer Kampagne (www.schwere-wege-leicht-machen.de) eine Postkartenaktion durch, um zu erreichen, dass Frauen und deren Kindern im Falle von Gewalt schnell und unbürokratisch in jeglicher Hinsicht unabhängig vom Einkommen, ihrer Nationalität, beruflicher Situation und Mobilität geholfen werden kann. Auch hier werden wir im Gespräch bleiben.

FEIERLICHE VERABSCHIEDUNG

Nach acht Jahren im Dienste der Stadt Wuppertal wurde Beigeordneter Thomas Uebrick, Dezernent für den Bereich Schutz und Ordnung am Freitag, den 7. Mai von Oberbürgermeister Peter Jung verabschiedet. Dem feierlichen Akt wohnten viele Kollegen, Mitarbeiter und Vertreter des Rates und der Fraktionen bei.

Uebrick schied mit Ablauf des 14. Mai aus seinem Amt. Der gebürtige Wuppertaler und Jurist erhielt am 15. Mai 2002 seine Ernennung zum Beigeordneten der Stadt Wuppertal und war zu Beginn seiner Amtszeit als Wahlbeamter als Dezernent für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zuständig. Zur Verabschiedung gab es für Uebrick als Geschenk vom OB Jung eine Kiste Zigarren und freundliche Worte. Auch Uebrick richtete im Anschluss daran ein paar Abschiedsworte an die Anwesenden.



Er dankte in seiner Rede insbesondere seinen Mitarbeitern und gab einen kurzen Überblick über die realisierten Projekte und die für ihn „überwiegend positiv in Erinnerung bleibende“ Zeit. Daneben fand er aber auch ungewohnt kritische Worte: „Leider gibt es im Rathaus zur Zeit ein Klima, in dem konstruktive Kritik

und ‚eine eigene Meinung zu haben UND auch zu vertreten‘, verpönt ist und mit Nestbeschmutzung und Rufschädigung verwechselt wird. Bedauerlicherweise geht es nicht nur mir so - auch viele anderen Kolleginnen und Kollegen genießen nicht das Vertrauen, das sie verdienen, so dass nur wenige in der Verwaltung und Politik Entscheidungen treffen. Dies

bereitet mir große Sorgen, denn eine Stadt, die auf so viel geistiges Potential verzichtet, ist für mich wirklich eine arme Stadt“. Immer wieder betonte er, dass ihm die Zukunft der Mitarbeiter seines Geschäftsbereichs sehr am Herzen liege und er sich für alle Beteiligten schnell Planungssicherheit wünsche.

Uebricks Aufgaben übernimmt gemäß der bisherigen Vertretungsregelung vorerst Harald Bayer, Dezernent für Grünflächen und Gesundheit.

GESAMTLÖSUNG GEFRAGT

Bebauungsplanverfahren von Vohwinkel: Aufwertung des Zentrums nur durch städtebauliche Gesamtlösung



Ein Bauvorhaben sorgt derzeit für begeisternde aber auch für kritische Töne in Vohwinkel: Am Lienhardplatz soll ein Gebäude mit kleinteiligen Handelsflächen, Büros und Mietwohnungen gebaut werden. Die angrenzenden Flächen der Holzhandlung Kolk sollen als Fachmarktfächen, Büro- und Verwaltungsflächen sowie für Mietwohnungen entwickelt werden und in der ehem. Seidenfabrik/Eissporthalle an der Kaiserstr. soll ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb mit einer Verkaufsfläche von 3.490 m² entstehen. „Das Vorhaben könnte für den Stadtteil einen erheblichen Entwicklungsschub bewirken,“ so Alexander Schmidt, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. „Allerdings müssen im Planverfahren noch die städtebauliche Einbindung, die architektonische Gestaltung der Gebäude und die Freiflächen optimiert sowie die verkehrliche Erschließung des Vorhabens gelöst werden.“

Aus Sicht der Fraktion ist im Interesse der Allgemeinheit die geplante Neufassung des Lienhardtplatzes einschließlich der Bebauung entlang der Bahn ein erstrangiger Teil des Projektes. Auf seine tatsächliche Realisierung sollte in allen Verfahrensschritten größtes Gewicht gelegt werden. Eine alleinige Bebauung an der Kaiserstr. mit einem großflächigen Einzelhandelsbetrieb erfüllt diese Aufgabe nicht – zumal die Versorgung im Stadtteil mit dem vorhandenen Einzelhandel bereits voll erfüllt ist. Leider konnte sich die FDP-Fraktion mit Ihrer Forderung, die städtebauliche Gesamtlösung unter zwingender Einbeziehung des Lienhardplatzes vertraglich abzusichern, im Stadtentwicklungsausschuss nicht durchsetzen.

AIDS-HILFE WUPPERTAL E.V.

Am 22.3.2010 stellten sechs Mitarbeiter des Aids-Hilfe e.V. in der Fraktion ihre Arbeit vor. Gefördert wird die Arbeit von der Stadt Wuppertal (100 000,- Euro) und dem Land NRW (50 000,- Euro). Die Eigenmittel aus Beiträgen, Spenden und Geldbußen betragen ca. 20.000,- bis 30. 000,- Euro.

Die Gehälter sind seit Jahren eingefroren, und insgesamt ist die Arbeit nur noch mit zusätzlichen, ehrenamtlichen

Mitarbeitern zu leisten. Wäre die Arbeit der Aidshilfe eine reine kommunale Aufgabe und damit eine Pflichtaufgabe, wären die Gelder dafür gesichert.

Eine der Hauptaufgaben ist die Beratung. Neben den Verhaltensregeln in Zusammenhang mit Aids geht es sehr wesentlich auch um die Behandlung der Infektion; durch die Entwicklung neuer Medikamente gibt es ständig andere und bessere Möglichkeiten. Außerdem kann die HIV-Infektion zu

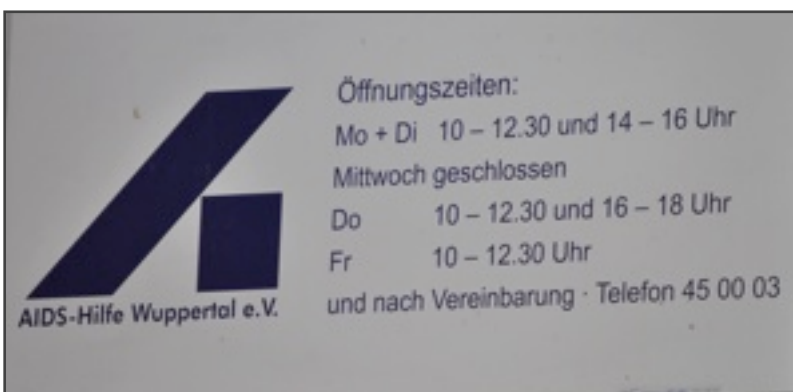
führen, die gut therapiert werden müssen. Zur Beratung gehört ebenfalls der Bereich der Prävention. In diesem Zusammenhang gehen Mitarbeiter in die Schulen und organisieren Veranstaltungen.



Neue Aufgabengebiete stellen sich in Hinblick auf HIV im Alter (z.B. im Bereich der Pflege) und in der Zusammenarbeit mit dem neuen Jugendgefängnis in Wuppertal; hier haben schon Gespräche mit der Leitung stattgefunden.

Der Wunsch an die Politik und damit an uns: sich gegen die Stigmatisierung durch diese Krankheit und somit für den betroffenen Personenkreis einsetzen und einen sachlichen Umgang mit diesem Thema führen. Das werden wir tun, indem wir wie bisher an den

Sitzungen und



einer Reihe von Begleiterkrankungen (z.B. Bluthochdruck, Diabetes)

Veranstaltungen der Aids-Hilfe teilnehmen.

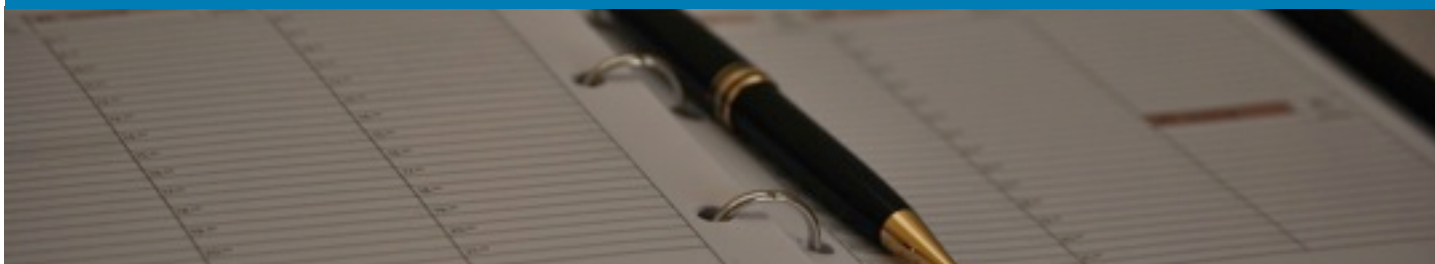
STADT ERFÜLLT PFLICHTAUFGABE NICHT

Stadt spart auf Kosten der Gesundheit unserer Kinder

Gemäß § 10 des Kinderbildungsgesetzes NRW hat das Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt für jährliche ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen der Kinder in den Tageseinrichtungen Sorge zu tragen. Eva Schroeder, als Stadtverordnete für uns im Sozial- und Gesundheitsausschuss: „Wir haben nachgefragt, ob und in welchem Umfang diese Pflichtaufgabe in den



Wuppertaler Kindertageseinrichtungen erfüllt wird. Die erschreckende Antwort lautet: Gar nicht.“ Die Stadt kommt ihrer Aufgabe weder im zahnärztlichen noch im kinder- und jugendärztlichen Bereich nach. Es fehlt an Personal. Und die vorhandenen Ärzte sind mit gutachterlichen Aufgaben voll ausgelastet. Eva Schroeder: „Hier muss eine Lösung her. Auf Kosten der Gesundheit von Kindern darf nicht gespart werden.“



Termine

Gesamtfraktion

07.06.2010, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
Gast: Beigeordneter Dr. Stefan Kühn;
Vorstellung seines Geschäftsbereich
Soziales, Jugend und Integration und
Diskussion über Einsparvorschläge im
Sozial- und Jugendbereich

05.07.2010, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
Vorbereitung der Ratssitzung

Ratssitzungen

12.07.2010, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

Arbeitskreise

Arbeitskreis 1
Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen,
Verkehr und Umwelt

28.06.2010, 20.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149
*Leitung: Thilo Prokosch und Alexander
Schmidt*

Arbeitskreis 2
Soziales, Integration, Jugend, Schule,
Sport und Kultur

21.06.2010, 20.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149
Ausschließliches Thema: Kultur
*Leitung: Susanne Wywiol und Eva
Schroeder*

Arbeitskreis 3
Finanzen, Beteiligung, Zentrale Dienste,
Schutz, Ordnung und OB

31.05.2010, 20.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149
Leitung: Hartmut Stiller und Jörn Suika

Haushalts-Klausur

12.06.2010, 10.00 - 16.00 Uhr,
Raum A-260, Rathaus
Die Haushalts-Klausur dient der
Vorbereitung der haushaltspolitischen
Diskussionen in den Fachausschüssen.
Daher ist eine rege **Teilnahme**
erwünscht!
Um vorherige Anmeldung in der
Fraktionsgeschäftsstelle wird gebeten.

Impressum

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Rathaus (Barmen), Zimmer 150
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel 0202 / 563 62 72
Fax 0202 / 563 85 73
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de
Internet www.fdp-wuppertal.de

Redaktion

(die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2010)

Tobias Wierzba (V.i.S.d.P.)
Karin van der Most

Die Geschäftsstelle ist wie folgt besetzt:
Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fotos und Layout

Tobias Wierzba, © FDP-Fraktion